Staatskanzlei
Ministerium des Innern und für Sport
Ministerium der Justiz
Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit, und Demografie
Ministerium für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz
Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau
Ministerium für Bildung
Ministerium für Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur
Ministerium für Umwelt, Energie, Ernährung und Forsten
55116 Mainz

Vertretung des Landes Rheinland-Pfalz
beim Bund und der Europäischen Union
In den Ministergärten 6
10117 Berlin

Mein Aktenzeichen
11 - 403

DER STAATSEKRETÄR
Kaiser-Friedrich-Straße 5
55116 Mainz
Postfach 33 20
55023 Mainz
Telefon 06131 16-0
Telefax 06131 16-4300
Ministerbuero@fm.rlp.de
www.fm.rlp.de

28. Oktober 2016

Durchführung des Landesgesetzes zur Bildung eines Sondervermögens
Kommunales Investitionsprogramm 3.0 – Rheinland-Pfalz (KI 3.0)

Sehr geehrte Damen und Herren,


Zur leichteren Handhabung des vereinfachten Prüfverfahrens der Baumaßnahmen mit Zuwendungen bis 5 Mio. € kann ich Ihnen mitteilen, dass ergänzend (im Folgenden in Fettdruck) zu dem Erlass vom 08. Juli 2016 ab sofort folgende Regelung gilt:

„Baufachlicher Sachverstand ist bei Bauverwaltungen zu unterstellen, die von einem Amtsleiter mit mindestens der Qualifikation eines abgeschlossenen Ingenieursstudium (Architektur, Städtebau oder Bauingenieurwesen) und einer Ausbildung im gehobenen technischen Verwaltungsdienst geleitet werden. Verfügt der Amtsleiter über ein abgeschlossenes Ingenieursstudium für eine der drei genannten Fachrichtungen und über eine mehrjährige Erfahrung in leitender Tätigkeit, kann dies als gleichwertig anerkannt werden.“

Außerdem möchte ich darauf hinweisen, dass die Verpflichtung des nicht über den baufachlichen Sachverstand verfügenden Zuwendungsempfängers eine andere geeignete Bauverwaltung mit baufachlichem Sachverstand zu bitten, die baufachlichen Aufgaben der Zuwendungsbemaßnahme verantwortlich zu übernehmen (I Nr. 1 des Erlasses), in der Art zu verstehen ist, dass eine nach der Kommunalstruktur übergeordnete Behörde mit entsprechender Bauverwaltung gebeten werden muss, die Aufgabe zu übernehmen. Übernimmt keine übergeordnete Behörde die Aufgabe, wird in
der Regel auf die Vereinfachungsregel zu verzichten sein. Im Zweifel entscheidet die Bewilligungsbehörde über die Anwendung des Regelverfahrens aus dem jeweiligen Förderbereich oder des vereinfachten Verfahrens.


Mit freundlichen Grüßen

Dr. Stephan Weinberg